

Frau Zorlu nimmt in Abstimmung mit anderen Fraktionen Stellung. Der Antrag sei zunächst von allen Fraktionen unterstützt worden. Wie der Mail zu ersehen sei, habe die FDP ihre Unterschrift schließlich zurückgenommen. Man wünsche, dass die Erklärung allen Eitorfern zugänglich ist. Den Antrag erweitere man dahingehend, den Text der Erklärung auch auf der Eitorfer Homepage zu veröffentlichen und hierzu auch eine Verlinkung auf der Startseite einzurichten. Es sei ihrer Meinung nach ein falsches Signal, dass Erklärung und Unterschriftenliste nicht schon lange ausgelegt worden seien. Zudem bedanke sie sich beim Aktionsbündnis für dessen Engagement.

Herr Liene erklärt, dass es ein Missverständnis bei der Kommunikation gegeben habe. Inhaltlich sei die Erklärung nicht abgestimmt gewesen. Demokratie lebe aber davon, miteinander zu reden und Kompromisse zu suchen.

Frau Zorlu erklärt, dass auch die FDP jederzeit die Möglichkeit gehabt hätte, sich am Aktionsbündnis zu beteiligen. Demokratie sei auch Mehrheitsentscheidung – die Erklärung sei vorbereitet worden, viele hätten daran mitgearbeitet. Kritik an einzelnen Formulierungen sei kein Grund, eine solche Erklärung abzulehnen. Die ganze Sache sei keine „Hauruck-Aktion“ gewesen, sondern aus der gesamten Thematik heraus vor zwei bis drei Monaten entstanden.

Herr A. Finke bedankt sich für die Koordinierung, Frau Zorlu habe auch im Namen der CDU gesprochen. Ein Dank gelte auch dem Aktionsbündnis. Dies decke sich mit dem Bild, dass er von Eitorf habe. Er schildert Details der Eitorfer Willkommenskultur. An die FDP, Herrn Liene und den Bürgermeister gerichtet, stellt er fest, dass auch deren Erklärung mit niemandem abgestimmt worden sei. Man rede über die Differenz des Satzes „Nicht alle Fremden sollen Freunde werden und nicht jeder Mensch ist hier herzlich willkommen.“. Er kritisiert diese Aussage scharf. Die CDU heiße jeden Menschen willkommen. Man sage ja auch „Der Kunde ist König“ und verlange dennoch, dass er sich an Hausregeln halte. Die Anforderung, sich an Regeln zu halten, machte die Menschen nicht weniger zum Freund. Die CDU unterstütze den gemeinsamen Antrag in jedem Fall. Der Imageschaden durch derartige „Sonderritte“ sei immens.

Herr Jüdes spricht in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einer Partei und findet es bemerkenswert, dass sich eine Bürgerinitiative bildet und in dieser Richtung engagiere. Jeder sei willkommen und daran gebe es auch nichts zu rütteln. Es sei schade, dass sich Bürgermeiste rund FDP nicht eingeklinkt hätten. Aussagen aus der Haushaltsrede seien damit nochmals bekräftigt worden. Dies sei ein falsches Zeichen. Er danke allen Fraktionen, die der Erklärung folgen würden.

Herr Scholz macht deutlich, dass es der FDP zwar freistehe, sich der Sache anzuschließen, freistehe, es jedoch traurig sei, dass der Bürgermeister Wortklaubereien betreibe. Zudem spiele man „den anderen“ mit dieser Vorgehensweise in die Hände.

Der Bürgermeister gibt daraufhin ein Statement zur Chronologie der Ereignisse ab.

22.03.2016: Schreiben vom Aktionsbündnis (15.06.2016, Mail v. 21.03.16) auf meinem PC eingegangen (Ferienzeit, ich hatte Urlaub)

26.03.2016: Antwort meinerseits mit Bitte um Terminvereinbarung

15.04.2016: Erste Gesprächsrunde. Ergebnis: Das Aktionsbündnis entwirft einen Textvorschlag für eine „Eitorfer Erklärung“.

16.05.2016: Einen Monat später erhalte ich den ersten Entwurf.

19.05.2016: Antwort von mir mit Ergänzungsvorschlägen.

20.05.2016: Zweite Gesprächsrunde, in der meine Ergänzungsvorschläge zurückgewiesen werden. Mir wird in der Sitzung ein erweiterter Textvorschlag übergeben, den ich allerdings zuerst in Ruhe durcharbeiten möchte.

23.05.2016: Neuer Formulierungsvorschlag von mir mit Anmerkungen, warum ich die ein oder andere Formulierung in meinem Vorschlag so gewählt habe, bzw. warum ich bestimmte Formulierungen des Aktionsbündnisses nicht mittragen kann.

25.05.2016: Mail des Aktionsbündnisses (Verteiler mir unbekannt) mit einer fertigen Erklärung, die ich in der endgültigen Form bis dato nicht kannte. In der Mail der Hinweis: „Für alle die die „Eitorfer Erklärung“ mit ihrer Unterschrift unterstützen wollen, besteht ab diesem Tag die Möglichkeit, sich auf Unterschriftenlisten einzutragen. Diese Listen werden im Eingangsbereich des Rathauses ausgelegt.“ Eine entsprechende Genehmigung auf Auslage der Unterschriftenliste im Rathaus ist **nicht** angefragt worden.

27.05.2016: Antwortmail von mir an das Aktionsbündnis.

Sehr geehrte Frau Senft,
zuerst bedauere ich sehr, dass Sie in der Erklärung auf Formulierungen bestehen, die ich nicht mittrage, und es so wahrscheinlich zu keiner gemeinsamen Erklärung kommen wird. So wird aus der „Eitorfer Erklärung“ eine Erklärung des Aktionsbündnisses „Eitorf bleibt bunt“.
Dann frage ich Sie, woher Sie das Recht nehmen, Unterschriftenlisten für einen Text, den ich nicht mittrage, im Rathaus auszulegen?
Weiterhin frage ich Sie, woher Sie die Legitimation nehmen, in der Erklärung für „die politischen Vertreter dieser Gemeinde“ zu sprechen. Für mich, der ich ebenfalls ein politischer Vertreter dieser Gemeinde bin, sprechen Sie mit dem Text in der Anlage ausdrücklich nicht!
Durch Ihr nicht abgestimmtes „Vorpreschen“ sehe ich die Chance vertan, gegen die Botschaften von Frau Dittmer ein geeintes und breites Bündnis aus Befürwortern **UND** Kritikern einer Willkommenskultur zu ermöglichen. So grenzen Sie die kritischen Stimmen, die sich ebenso für gegenseitigen Respekt und Wahrung der Grundrechte einsetzen, aus. Auf diese Weise schwächen Sie das Bündnis.
Schade!
Mit freundlichen Grüßen,
Rüdiger Storch

Im Anschluss an diese Mail Formulierung und Abstimmung (mit dem FDP-Ortsvorstand) einer eigenen Erklärung, die sich bewusst am Wortlaut der Erklärung des Aktionsbündnisses orientiert, um die durchaus vorhandenen Gemeinsamkeiten herauszustellen.

Eine offizielle Anfrage des Aktionsbündnisses auf Auslage der Unterschriftenlisten im Rathaus hat es nie gegeben.

Bevor öffentlich angekündigt wird, dass die Unterschriftenlisten im Rathaus ausliegen, ist der Hausherr zu fragen; das ist versäumt worden.

Zuerst ist die Entscheidung auf Auslage der Listen ein Geschäft der laufenden Verwaltung, also eine Entscheidung des BM.

Falls dieser eine (bis heute vom Aktionsbündnis nie erfolgte) entsprechende Anfrage auf Auslage der Listen nicht zustimmend beantwortet, weil z.B. Teile des Textes seiner Überzeugung widersprechen, kann aufgrund der besonderen politischen Gewichtung dieser Frage der Rat als (Mit-)Vertreter der Bürgerschaft (vgl. § 40 GO) einen Beschluss herbeiführen. Ein solcher mehrheitlicher Beschluss (auch gegen die Überzeugung und die Stimme des BM) bewirkt die Auslegung der Listen (BM führt dann Ratsbeschluss aus). Ein entsprechender Antrag von CDU, SPD, Grünen, BfE und UWG ist fristgerecht hier eingegangen, und ich habe ihn somit auf die Tagesordnung genommen. Zur Verfahrensvereinfachung würde ich entgegenkommenderweise auch einen entsprechenden Beschluss des HA anstelle eines Ratsbeschlusses ausführen, also nicht bis zur nächsten Ratssitzung warten.

Ich als BM habe mich absolut rechtskonform verhalten.

Das Veröffentlichen einer eigenen Meinung (Erklärung) und die Tatsache, dass ich **von mir aus** nicht gewillt bin, die Unterschriftenlisten auszulegen, mag man gerne als falsches Signal kommentieren. Ein rechtskonformes Verhalten allerdings als undemokratisch zu bezeichnen, zeugt in meinen Augen von einem fragwürdigen Demokratieverständnis. Demokratisch im Sinne der Kommentarschreiberin

wäre also gewesen, wenn ich **auf bloßen Zuruf** des Aktionsbündnisses hin (nicht auf Beschluss eines demokratisch legitimierten Gremiums) gegen meine Überzeugung die Listen ausgelegt hätte?
Liebe Leute, Demokratie funktioniert nicht auf Zuruf, sondern nach demokratisch festgelegten Regeln. An diese Regeln halte ich mich und verlange dies auch von allen anderen!

Herr Jüdes erklärt, dass dies demokratischer Bürokratismus sei, verweist auf den Imageschaden und fragt den Bürgermeister, ob ihm das Ganze die Arbeit wert gewesen sei.

Der Bürgermeister stellt klar, dass es nicht um Bürokratismus gehe, sondern um die elementaren Regeln des demokratischen Zusammenlebens.

Herr Dr. Finke mahnt an, dass man einfach mal etwas mittragen müsse und der Bürgermeister diesen Zeitpunkt verpasst habe. Er möge sich zwar korrekt verhalten haben, gleichwohl hätte man dies einheitlicher in der Außenwirkung regeln können.

Der Bürgermeister rät, einfach zu dulden, dass der ein oder andere eine etwas nuanciert andere Meinung hat als der andere – als ein buntes „Meinungseitorf“.

Herr A. Finke appelliert an den Bürgermeister, zu erdulden, dass er mit seiner persönlichen Meinung fremden Menschen gegenüber nicht Eitorf und nicht die gewählten Vertreter repräsentiere.